

---

**Vorsitz: Belarus****1014. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Montag, 15. Juni 2022 (im Ratsaal und über Videokonferenz)  
Beginn: 10.00 Uhr  
Schluss: 11.10 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Dapkunas

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

*Die aktuelle Sicherheitslage im OSZE-Raum:* Russische Föderation (Anhang 1), Kanada, Schweiz (Anhang 2), Vorsitz, Belarus (FSC.DEL/237/22 Restr.), Frankreich – Europäische Union (FSC.DEL/240/22), Frankreich (FSC.DEL/243/22 OSCE+), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/238/22/Rev.1 OSCE+), Rumänien (auch im Namen von Bulgarien und Polen) (Anhang 3)

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

*Ankündigungs- und Mahnmechanismus nach FSK-Beschluss Nr. 10/02 (FSC.DEC/10/02):* Vorsitz (FSC.DEL/236/22 Restr.)

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 22. Juni 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

---

**1014. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1020, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

vor dem Hintergrund der katastrophalen Eskalation der Spannungen im Donbass, die vom nationalistischen Regime in Kyjiw bewusst provoziert wurde, erdreisten sich die Hintermänner der Ukraine im Westen, mit dem Feuer zu spielen und zur Lieferung von Atomwaffen an dieses Land aufzurufen. Diese alarmierenden Signale kommen aus Polen – einem Staat, der einerseits behauptet, ein Dialog mit der Russischen Föderation sei inakzeptabel, aber andererseits aktiv die Übernahme der Kontrolle über ukrainisches Territorium anstrebt und nun seit einigen Monaten zu den wichtigsten Scharfmachern im Stellvertreterkrieg des Westens gegen Russland „bis zum letzten Ukrainer“ zählt.

Wir verurteilen mit allem Nachdruck die unverantwortlichen Versuche, einen atomaren Konflikt im Herzen Europas zu provozieren. Denn so würden wir die Behauptung des ehemaligen polnischen Außenministers und jetzigen Mitglieds des Europäischen Parlaments Radosław Sikorski einordnen, der meinte, dass „der Westen das Recht hat, der Ukraine nukleare Sprengköpfe zu überlassen“, weil Russland angeblich gegen das Budapester Memorandum verstoßen habe. In diesem Zusammenhang müssen wir daran erinnern, dass das Budapester Memorandum unterzeichnet wurde, als die Ukraine dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) als Nichtkernwaffenstaat beitrug. Demnach ist die Ukraine ein Nichtkernwaffenstaat im Sinne des NVV und nicht im Sinne des Budapester Memorandums. Die polnischen Politiker, die dieses Thema skrupellos in ein negatives Licht rücken, schwächen im Grunde aus opportunistischen politischen Erwägungen das Regime der nuklearen Nichtverbreitung. Vor allem aber gefährden sie ihre eigenen Landsleute, die sie damit in eine nukleare Neuordnung der Welt hineinziehen.

Der russische Präsident Wladimir Putin bezeichnete vor Kurzem die Vereinigten Staaten und den von ihnen angeführten kollektiven Westen als „Lügenimperium“. Dieses Lügenimperium wurde vor langer Zeit geschaffen: durch eine grob verzerrte Darstellung der historischen Wahrheit, durch das „Screening“ des Medienraums und die direkte Verletzung der OSZE-Verpflichtungen zur Gewährleistung des freien und ungehinderten Zugangs zu allen Informationen. Alle diese Verpflichtungen wurden im Westen längst ad acta gelegt. Im Gegensatz dazu werden antirussische Lügen und Desinformationen automatisch unhinterfragt

unterstützt. Ein gutes Beispiel in diesem Zusammenhang ist die ehemalige Menschenrechtsbeauftragte der Werchowna Rada (des ukrainischen Parlaments), Ljudmyla Denissowa, die immer wieder Lügengeschichten über brutale Vergewaltigungen von Jugendlichen und kleinen Kindern durch russische Militärangehörige verbreitete. Vor Kurzem hat sie selbst zugegeben, dass sie auf diese Weise das Ziel erreichen wollte, die Welt dazu zu bewegen „Waffen zu liefern und Druck auf Russland auszuüben“. Am 31. Mai dieses Jahres wurde sie von den Abgeordneten der Werchowna Rada ihres Amtes enthoben, mit der Begründung, sie sei auf „Sexualverbrechen mit unnatürlichen Mitteln“ fixiert, für die es zudem „keine Beweise gebe“. Doch bis dahin hatten ihre Verleumdungen in den westlichen Medien größte Verbreitung gefunden und wurden sogar hier im Rahmen der OSZE schamlos wiedergegeben. Es ist uns klar, dass es für unsere Kolleginnen und Kollegen bequemer ist, auf ukrainische Lügen zurückgreifen, als sich den Tatsachen zu stellen. Tatsache ist, dass sich die westlichen OSZE-Teilnehmerstaaten, die der ukrainischen Regierung in irgendeiner Form militärischen Beistand leisten, an den Kriegsverbrechen der Ukraine gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass mitschuldig machen. Wir werden diese Verbrechen heute schildern.

Herr Vorsitzender,

die ukrainischen Behörden, die auf das Niveau von Staatsterroristen gesunken sind, setzen ihren blinden, gewissenlosen und aggressiven Krieg gegen die Bevölkerung der Volksrepublik Luhansk (LNR) und der Volksrepublik Donezk (DNR) fort. Bereits die zweite Woche in Folge führen die Neonazis täglich wahllose Angriffe ausschließlich auf friedliche Städte und Dörfer tief im Hinterland durch. Dabei setzen sie westliche Waffen und Granaten mit dem NATO-Standardkaliber für schwere Artillerie von 155 mm ein. Zum besseren Verständnis für die Kolleginnen und Kollegen, die keine Militärexpertinnen und -experten sind: Eine solche Granate ist in der Lage, ein gewöhnliches Haus dem Erdboden gleichzumachen. Dies gilt insbesondere für die in Frankreich hergestellte 155 mm-Streumunition OGR F1, die nach dem Übereinkommen über Streumunition von 2008 verboten ist. Wie es aussieht, hat es die französische Regierung nicht nur verabsäumt, diesen verbotenen Waffentyp in Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Übereinkommen zu vernichten, sondern dem ukrainischen Militär sogar solche Waffen zum Einsatz gegen die Zivilbevölkerung weitergegeben.

Am 9. Juni feuerten ukrainische Neonazis Richtung Luhansk 9M27F-Raketen mit Splittergefechtsköpfen aus einem Uragan-Mehrfachraketenwerfer auf die Stadt Stachanow, die weit hinter der Frontlinie liegt. Dabei wurden Wohnhäuser getroffen, die für die ukrainische Armee keinerlei Gefahr darstellten. Infolgedessen wurden 15 Menschen getötet und etwa zehn schwer verletzt. Am 8. Juni führte der intensive, wahllose Beschuss der Stadt Popasna mit 155-mm-Haubitzen des Typs M777, die von den Vereinigten Staaten und Kanada geliefert wurden, zur Zerstörung von Wohnhäusern und einem Gymnasium. Am 13. Juni setzten ukrainische Neonazis bei der Evakuierung von Einwohnerinnen und Einwohnern der Oblast Luhansk aus der Siedlung Toschiwka, wo sie etwa drei Monate in einer Mine vor dem Artilleriebeschuss Schutz suchen mussten, gegen die Zivilbevölkerung polnische 82-mm-Silent-Mörsergranaten ein, die regelmäßig kistenweise an die ukrainischen Streitkräfte geliefert werden. Augenzeugen berichteten, dass gegen die Bevölkerung der LNR Streumunition mit Pfeilgeschossen eingesetzt wurde, die den Körper eines Menschen durchbohren können.

Eine Zunahme der bewaffneten Gewalt ist in Richtung Donezk zu verzeichnen. Die ukrainischen Streitkräfte setzen weiterhin intensiv die französische Selbstfahrlafette CAESAR ein, mit der am 9. Juni der Stadtteil Kalininskij und am 11. Juni der Stadtteil Kijewskij beschossen wurden. Unsere Kolleginnen und Kollegen können auf den Bildschirmen das Ausmaß an Verlusten und Zerstörung sehen, das durch den Beschuss verursacht wurde. Am 13. Juni wurde der gut besuchte Mayskij-Markt tagsüber grausam unter Beschuss genommen. Drei Personen wurden getötet, darunter eine Mutter und ihr Kind. Mehrere Marktstände wurden zerstört, Autos in die Luft gesprengt. Bitte sehen Sie sich dieses kurze Video an. Am selben Tag bombardierten die ukrainischen Nazis die Wischnewski-Entbindungsklinik in Donezk. Der Großteil der Patientinnen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnte in den Keller evakuiert werden. Die intubierten und beatmeten Säuglinge blieben jedoch in der Abteilung für Kinderreanimation, ebenso wie das medizinische Personal, das sich um sie kümmerte. Niemand von ihnen wurde verletzt, obwohl die Fenster in diesem Trakt des Krankenhauses durch die Druckwelle gesprengt wurden. Insgesamt wurden in der Stadt Donezk in der Zeit vom 7. bis 14. Juni mindestens 17 Zivilpersonen getötet und etwa 110 Personen verletzt. Mehr als 270 zivile Gebäude und 80 zivile Infrastruktureinrichtungen wurden beschädigt oder zerstört. Und das sind nicht die endgültigen Zahlen.

Werden wir heute irgendeine Verurteilung des barbarischen Beschusses von Wohngebieten und einer Entbindungsklinik in Donezk hören? Oder werden unsere westlichen Kolleginnen und Kollegen einmal mehr schweigen? Warum haben sie sich dann so aufgeregt, als eine Entbindungsklinik in Mariupol getroffen wurde, in der ukrainische Neonazis ihre Feuerstellungen eingerichtet hatten? Und wo sind die Verfechterinnen und Verfechter der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, die den Schutz von Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten fordert, geblieben? Aber vielleicht werden sie nach dem Vorbild der deutschen und französischen Fernsehsender sagen, dass die Menschen in Donezk „sich absichtlich selbst beschossen haben“ und dass wieder einmal die Russen an allem schuld waren? Welche Ausreden werden sie sich als nächstes einfallen lassen, um nicht zugeben zu müssen, dass die Zivilbevölkerung im Donbass seit acht Jahren unter dem Beschuss durch die ukrainischen Streitkräfte und nationalistischen Bataillone mit westlichen Waffen zu leiden hat?

Wir warnen unsere westlichen Kolleginnen und Kollegen: Die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord an der friedlichen Bevölkerung des Donbass sowie die Mitäterschaft an diesem Völkermord durch die Bereitstellung militärischer Hilfe für die Ukraine werden drastische Maßnahmen gemäß Artikel III der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948 zur Folge haben. Nach Artikel II dieses Übereinkommens bedeutet Völkermord „Handlungen, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“. Er bedeutet die „vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen“. Er bedeutet „die Zufügung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe“. Er bedeutet „die Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind“. Genau das ist es, was ganz normale Menschen aus Fleisch und Blut in der DNR und der LNR seit nunmehr acht Jahren durchmachen.

Herr Vorsitzender,

die Russische Föderation wird die von Präsident Putin gesetzten Ziele zum Schutz der Zivilbevölkerung des Donbass weiterhin entschlossen verfolgen. Die umfassende Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine wird mit Sicherheit erreicht werden. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass der Einsatz einer Totschka-U-Rakete durch die ukrainischen Nazis für zynische Angriffe auf die Umgebung der russischen Stadt Klinzy in der Region Brjansk (50 km von der russisch-ukrainischen Grenze entfernt), bei denen sechs russische Bürgerinnen und Bürger verletzt und mehr als 50 Häuser beschädigt wurden, nicht unbeantwortet bleiben wird.

Im Rahmen der militärischen Spezialoperation wurden 202 Flugzeuge, 131 Hubschrauber, 1 205 unbemannte Luftfahrzeuge, 338 Flugabwehrraketensysteme, 3 548 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge, 521 Mehrfachraketenwerfer, 1 947 Feldartilleriegeschütze und Mörser sowie 3 605 taktische Fahrzeuge für Spezialeinsätze zerstört. Mit luftgestützten Hochpräzisionsflugkörpern wurde eine große Menge an Waffen und militärischer Ausrüstung aus westlichen Ländern in der Nähe des Bahnhofs von Udatschne (DNR) zerstört. Ein Ausbildungszentrum der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Stadt Nowohrad-Wolynskij (Region Schytomyr), in dem ausländische „Glücksritter“ eine Umschulung absolvierten, wurde zerstört. Ein vorübergehender Stützpunkt für ausländische Söldner in der Nähe von Fjodorowka (LNR) wurde erfolgreich beseitigt. Darüber hinaus haben seegestützte hochpräzise Lenkflugkörper ein großes Depot in der Nähe der Stadt Tschortkiw (Region Ternopil) dem Erdboden gleichgemacht, das Panzerabwehrraketensysteme, tragbare Flugabwehrsysteme und Artilleriegranaten enthielt, die aus den Vereinigten Staaten und europäischen Ländern geliefert wurden. Diese systematische Arbeit wird fortgesetzt werden.

Wir betonen erneut, dass die vom Westen zur Unterstützung des nationalistischen Regimes in Kyjiw entsandten Söldner keine Kombattantinnen und Kombattanten im Sinne des humanitären Völkerrechts sind und keinen Anspruch auf den Status von Kriegsgefangenen haben. Im besten Fall können sie mit einer Gefängnisstrafe rechnen. Andernfalls werden sie entweder von russischen Truppen im Rahmen der Entmilitarisierung der Ukraine liquidiert oder in den Donbass-Republicen wegen kumulierter Verbrechen zum Tode verurteilt. Dieses Schicksal erwartet nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs der DNR mit ziemlicher Sicherheit die britischen Staatsbürger S. Pinner und A. Eslin, die angeklagt wurden, als Söldner an den Kampfhandlungen auf der Seite der Ukraine teilgenommen zu haben. Weder das russische Außenministerium noch die Behörden der DNR haben vom Vereinigten Königreich haben bislang Anfragen zu den beiden verurteilten Männern erhalten, obwohl sich ihre Angehörigen an die britischen Behörden gewandt hatten.

Die verbündeten Truppen werden ähnlich mit ausländischen Waffensystemen verfahren, die der Ukraine von westlichen Ländern geliefert werden, um – wie sie behaupten – „die Position Kyjiws am Verhandlungstisch zu stärken“. Diese gesamten ausländischen Waffensysteme, die die ukrainischen Kämpferinnen und Kämpfer aufgrund ihrer Sperrigkeit beim Rückzug zurücklassen, werden allerdings unweigerlich zu Trophäen der Volksmilizen der DNR und LNR sowie der russischen Streitkräfte. Auf den Bildschirmen können die Kolleginnen und Kollegen nun die Panzerabwehrraketensysteme Javelin aus US-amerikanischer Produktion und NLAW aus schwedischer Produktion, sehen, ferner großkalibrige „Browning M2“-Maschinengewehre aus US-amerikanischer Produktion,

Panzerabwehrminen aus deutscher Produktion, Munition für den schwedischen 84-mm-Granatwerfer „Carl Gustaf“, einen modernen automatischen UA-40-Granatwerfer aus ukrainischer Produktion sowie verschiedene Kleinwaffen und leichte Waffen samt dazugehöriger Munition aus sowjetischer Produktion. Sie sind nun alle bei den verbündeten Truppen in sicheren Händen.

Obwohl die britischen Hintermänner der ukrainischen Regierung im Forum für Sicherheitskooperation regelmäßig das „sagenhafte“ Heldentum und die Professionalität der ukrainischen Streitkräfte preisen, ist es in Wirklichkeit so, dass der ukrainische Gefechtsverband im Donbass erhebliche Verluste an Truppen, Waffen und militärischer Ausrüstung erlitten hat. Allein bei der Befreiung von Swiatohirsk in der DNR verloren die ukrainischen Streitkräfte während der dreitägigen Kämpfe über dreihundert Nationalisten. Sie sind demoralisiert und durch ihren schlechten Ausbildungszustand lahmgelegt, was sie in Interviews mit internationalen Medien offen zugeben. Soldaten der ukrainischen Territorialverteidigungskräfte beklagten sich gegenüber einem Korrespondenten der französischen Tageszeitung *Le Figaro*, dass ihre Ausbildung vor dem Einsatz an der Front nur eineinhalb Tage gedauert habe. Nach dem Angriff durch die russischen Luft- und Weltraumkräfte im Donbass weigerten sich 23 der 30 überlebenden Mitglieder eines Truppenteils, in ihre Stellungen zurückzukehren. In einem Gespräch mit der *Washington Post* erklärte der Kommandeur einer Kompanie der ukrainischen Streitkräfte in Druschkiwka, Serhiy Lapko, ebenfalls, dass sich die ukrainischen Soldaten „von ihren militärischen Vorgesetzten im Stich gelassen fühlten und ums Überleben kämpften“. Wegen dieses Interviews wurde Lapko seines Postens enthoben und verhaftet.

In dieser Situation ist es nicht verwunderlich, dass sich immer mehr Soldatinnen und Soldaten der ukrainischen Streitkräfte ergeben und in Gefangenschaft geraten, wo ihnen eine menschenwürdige Behandlung gemäß den Bestimmungen der Genfer Konventionen garantiert wird. Die Menschenrechtsbeauftragte der russischen Regierung, Tatjana Moskalkowa, berichtet, dass sie regelmäßig Bitten von Müttern ukrainischer Gefangener erhält, dass ihre Söhne nicht in die von Kyjiw kontrollierten Gebiete zurückgebracht werden, da sie sonst Gefahr laufen könnten, erneut mobilisiert zu werden oder Repressalien ausgesetzt zu sein. Das verbrecherische Kyjiwer Regime versucht, diesen für Kyjiw so beschämenden Trend zu stoppen und seine Einheiten durch Strafmaßnahmen, die von den Rückzug verhindernden Kommandos durchgeführt werden, an der Kapitulation zu hindern. Vor ein paar Tagen kamen 32 ukrainische Militärangehörige des 25. Bataillons der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte ums Leben, als sie heimtückisch in den Rücken geschossen wurden, nachdem sie beschlossen hatten, ihre Waffen niederzulegen.

Herr Vorsitzender,

die intensivsten Kämpfe finden derzeit in der LNR, vor allem im Ballungsraum Lyssytschansk-Sjewjerodonetsk statt. Die verbündeten Streitkräfte konzentrieren ihre Anstrengungen auf dieses Gebiet. Vorerst wurden die ukrainischen Nationalistinnen und Nationalisten aus Sjewjerodonezk vertrieben, aber das Chemiewerk Azot steht weiterhin unter ihrer Kontrolle. Dort halten Radikalisten nach dem Beispiel von Mariupol Hunderte von Einwohnern der Stadt – Frauen, Kinder und ältere Menschen – in unterirdischen Gebäuden fest.

Das russische Verteidigungsministerium hat ein Ersuchen der ukrainischen Seite erhalten, einen humanitären Korridor einzurichten, damit die Zivilbevölkerung in von Kyjiw kontrolliertes Gebiet, in die Stadt Lyssytschansk, evakuiert werden kann. Dies scheint jedoch derzeit nicht möglich zu sein, da die ukrainischen Streitkräfte am 13. Juni auf Befehl der Kyjiwer Behörden die letzte verbliebene Brücke, die über den Fluss Siwerskyj Donez nach Lyssytschansk führte, gesprengt haben, um den Rückzug der Territorialverteidigungskräfte zu verhindern. Eine sichere Evakuierung der Zivilbevölkerung in diese Richtung scheint daher nicht möglich.

Die Streitkräfte der Russischen Föderation und die bewaffneten Verbände der LNR sind bereit, eine humanitäre Operation zur sicheren Evakuierung der Zivilbevölkerung durchzuführen, die ausschließlich von humanitären Prinzipien geleitet wird. Ein humanitärer Korridor wird heute, am 15. Juni, von 8 bis 20 Uhr (Moskauer Zeit) in Richtung der Stadt Swatowo (LNR) geöffnet sein. Zu diesem Zweck werden die Kämpfer der nationalistischen Bataillone und die ausländischen Söldner aufgefordert, alle Kampfhandlungen einzustellen, die Bürgerinnen und Bürger freizulassen und ihre Waffen niederzulegen. Die Russische Föderation garantiert den gefangenen Militärangehörigen, dass ihr Leben geschont wird und dass alle Bestimmungen der einschlägigen Genfer Konvention eingehalten werden, wie dies bereits bei denjenigen war, die sich in Mariupol ergeben haben.

Herr Vorsitzender,

die Öffentlichkeit bekommt immer mehr mit, dass die ukrainische Regierung ein Marionettenregime ist, das von den Vereinigten Staaten kontrolliert und gesteuert wird. Angesichts der Tatsache, dass die US-Regierung plant, jeden Monat 1,5 Milliarden Dollar nach Kyjiw zu überweisen, um die Arbeit der ukrainischen Regierung zu unterstützen, stellt sich natürlich die Frage, warum die US-amerikanischen Strippenzieher der ukrainischen Regierung nicht dafür sorgen, dass ihre Schützlinge die Grenzen des humanitären Völkerrechts einhalten, und warum sie sich nicht um das ukrainische Volk kümmern. Haben sie vergessen, dass wir für das „was wir uns vertraut gemacht haben, verantwortlich sind“? In einem Interview mit der *New York Times* erklärte kürzlich ein Berater des Leiters der Präsidentschaftskanzlei des Präsidenten der Ukraine, Mychajlo Podoljak, ohne jegliche Skrupel, dass das ukrainische Militär Verteidigungsstellungen in bewohnten Städten errichtete, da es auf diese Weise „Deckung finden“, „Verluste minimieren“ und „länger durchhalten“ könne. Wir möchten betonen, dass diese Taktik der ukrainischen Regierung, die ihr von ihren Strippenziehern in der NATO beigebracht wurde, auf Kosten und zum Nachteil der ukrainischen Zivilbevölkerung umgesetzt wird. Das ist eine grobe Verletzung des Genfer Abkommens von 1949 über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten und dessen Zusatzprotokoll II, welche Maßnahmen verbieten, die zur Tötung von Zivilpersonen, Verwundeten, Kranken, medizinischem Personal oder zur Zerstörung von beweglichem oder unbeweglichem Eigentum führen können und für eine militärische Operation nicht unbedingt erforderlich sind.

Lassen Sie mich abschließend noch ein paar Worte zu den Aktivitäten der USA im Bereich Biowaffen in der Ukraine sagen. Vor Ihnen liegt ein vertrauliches Dokument des ukrainischen Verteidigungsministeriums, aus dem hervorgeht, dass der ukrainische Präsident am 24. Februar einen Erlass unterzeichnet hat, in dem die Vernichtung aller Daten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ukrainischer Unternehmen angeordnet wird, die mit Biolabors des US-amerikanischen Militärs zusammengearbeitet haben. Dies betrifft

militärisches Personal, ziviles Personal und das Personal des Zentrums für öffentliche Gesundheit des ukrainischen Gesundheitsministeriums, des ukrainischen Metschnikow-Zentrums zur Seuchenbekämpfung und des regionalen Laborzentrums des ukrainischen Gesundheitsministeriums in Schytomyr. In diesem Zusammenhang wird einmal mehr klar, dass die Behauptung, die Aktivitäten des Pentagon und der mit ihm verbundenen Einrichtungen in diesem Land konzentrierten sich ausschließlich auf Gesundheitsfragen, nicht der Realität entsprechen. Warum sonst müsste die ukrainische Regierung diese Datenbanken löschen? Wir fordern unsere Kolleginnen und Kollegen in den Vereinigten Staaten erneut auf, sich professionell zu verhalten und konkret damit zu beginnen, die Situation in Bezug auf die Aktivitäten ihrer militärischen Biolabors in der Ukraine aufzuklären. Wir beabsichtigen unsererseits, in naher Zukunft die Mechanismen nach Artikel V und VI des Übereinkommens über biologische Waffen und Toxinwaffen (BWÜ) zu aktivieren, die Konsultationen zwischen den Vertragsstaaten des BWÜ vorsehen, um alle Probleme im Zusammenhang mit dem Ziel dieses Übereinkommens oder der Anwendung seiner Bestimmungen zu lösen, und die auch eine Zusammenarbeit bei der Durchführung von Untersuchungen möglicher Verletzungen der Verpflichtungen aus dem BWÜ vorsehen.

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.

---

**1014. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1020, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER SCHWEIZ**

Danke, Herr Vorsitzender.  
Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir möchten noch einmal unser Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass der Leiter der Delegation der Russischen Föderation den Raum verlassen hat und dass nach wie vor viele Teilnehmerstaaten nicht anwesend sind. Dennoch hoffen wir, dass der Inhalt unserer Erklärung von allen gut aufgenommen wird.

Herr Vorsitzender,

diese Erklärung wird von der Schweiz unter Punkt 1 der Tagesordnung, Allgemeine Erklärungen, zum Thema „Jährliche Diskussion über die Umsetzung des OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit 2022“ abgegeben.

Herr Vorsitzender,

nach Ihrem ursprünglichen Arbeitsplan sollte die Jährliche Diskussion über die Umsetzung des OSZE-Verhaltenskodex heute, am 15. Juni 2022, stattfinden. Sehr zum Bedauern meiner Delegation mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass dieses jährliche Überprüfungsformat für 2022 abgesagt wurde, obwohl wir uns im FSK-Beschluss Nr. 12/11 gemeinsam dazu verpflichtet hatten, „dem Verhaltenskodex jährlich eine eigene eintägige Sitzung im Rahmen des Arbeitsprogramms der zweiten Tagung des FSK (Jährliche Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex) zu widmen“. Außerdem bedauern wir, dass die jährliche Diskussion in der zweiten Sitzungsperiode abgesagt wurde, ohne dass der FSK-Vorsitz der dritten Sitzungsperiode mit der Organisation der Diskussion zu einem anderen Termin beauftragt wurde. Wir möchten betonen, dass unser Bedauern nicht nur dem FSK-Vorsitz, sondern dem gesamten Prozess gilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sollten uns in Erinnerung rufen, dass die OSZE und ihr Forum für Sicherheitskooperation in Krisenzeiten für Krisenzeiten geschaffen wurden. Das gilt auch für

den Verhaltenskodex. Der Kodex ist das grundlegende normative Dokument, das unsere Verpflichtungen hinsichtlich der demokratischen und parlamentarischen Kontrolle der Streit- und Sicherheitskräfte sowie der Rechte und Pflichten der Angehörigen der Streitkräfte festlegt. Er enthält die wichtigsten zwischen- und innerstaatlichen Verhaltensprinzipien und -regeln, zu denen sich alle OSZE-Teilnehmerstaaten ausnahmslos verpflichtet haben.

Herr Vorsitzender,

während Russlands militärische Aggression gegen die Ukraine anhält, fordern wir alle Konfliktparteien auf, das humanitäre Völkerrecht strikt einzuhalten. Es ist auch weiterhin wesentlich, die kriegführenden Staaten an ihre Verpflichtungen im Rahmen der OSZE zu erinnern, insbesondere an diejenigen, die im OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit verankert sind. Seit dem ersten Tag der Kampfhandlungen in der Ukraine wurde in mehrfacher Hinsicht gegen den OSZE-Verhaltenskodex verstoßen. Die Schweiz fordert die Kriegsparteien auf, die in diesem Dokument enthaltenen Verpflichtungen einzuhalten. Die derzeitige Lage im OSZE-Raum ist nach wie vor äußerst instabil, und viele brennende Fragen erfordern dringend einstimmige Antworten. Mehr als je zuvor seit dem Ende des Kalten Krieges muss unser gemeinsamer Besitzstand in Bezug auf Stabilität, Sicherheit und Gleichgewicht gewahrt werden, da uns eine unaufhaltsame Abwärtsspirale in einen Abgrund droht, an den niemand auch nur denken will.

Vor allem in Kriegszeiten kann die Bedeutung des Verhaltenskodex nicht hoch genug bewertet werden. Und wir sollten es als ein Privileg betrachten, sein Instrumentarium voll auszuschöpfen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten wurde viel getan, um den Kodex und seine Umsetzung zu stärken. Da jedoch seine Normen und Grundsätze immer wieder verletzt werden, ist es umso wichtiger, die Jährliche Diskussion zu führen, um unsere Bemühungen zu überprüfen.

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich abschließend noch einmal betonen, dass die Schweiz weiterhin für den Vorrang des Völkerrechts eintritt und sich zu den Grundprinzipien bekennt, die in der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und allen nachfolgenden, von den Staats- und Regierungschefs und -chefinnen auf den einschlägigen OSZE-Gipfeltreffen verabschiedeten Dokumenten niedergelegt sind. Die unmissverständliche Einhaltung dieser Verpflichtungen durch alle Teilnehmerstaaten ist unerlässlich für die Wahrung von Frieden und Sicherheit in Europa.

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich möchte darum ersuchen, dass diese Erklärung dem Journal des Tages beigelegt wird.

---

**1014. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1020, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION RUMÄNIEN  
(AUCH IM NAMEN BULGARIENS UND POLENS)**

Herr Vorsitzender,

ich mache von unserem Recht auf Erwidern Gebrauch und gebe diese gemeinsame Erklärung im Namen Bulgariens, Polens und meines eigenen Landes, Rumänien, ab, da unsere Länder in der Erklärung der russischen Delegation auf der 1013. Plenarsitzung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) am 8. Juni 2022 erwähnt wurden. Ich möchte auch festhalten, dass Rumänien, Polen und Bulgarien sich voll und ganz den Erklärungen anschließen, die im Namen der Europäischen Union abgegeben wurden.

Wir weisen das falsche Narrativ, das auch unsere Länder betrifft – wie in der Erklärung der russischen Delegation behauptet wurde –, mit aller Entschiedenheit zurück, insbesondere vor dem Hintergrund einer anhaltenden, vorsätzlichen, unprovokierten und ungerechtfertigten, umfassenden militärischen Aggression Russlands gegen ein souveränes und unabhängiges Nachbarland, die eine grobe Verletzung des Völkerrechts und unserer gemeinsamen OSZE-Grundprinzipien und -Verpflichtungen darstellt.

Wir verurteilen erneut auf das Allerschärfste die militärische Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine, die auch von der belarussischen Regierung ermöglicht wurde, und bekräftigen unsere unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen einschließlich ihrer Hoheitsgewässer. Wir stehen hinter dem ukrainischen Volk und seinen demokratisch gewählten Institutionen. Wir fordern die russische Seite auf, die Aggression unverzüglich und bedingungslos einzustellen, alle ihre Truppen und alle ihre Ausrüstung aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine, einschließlich der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim, abzuziehen und zu den Grundsätzen des Völkerrechts zurückkehren. Darüber hinaus möchten wir erneut unsere tiefe Besorgnis über die militärische Aufrüstung und das aggressive Auftreten der Russischen Föderation in der Schwarzmeerregion zum Ausdruck bringen.

Zu den Behauptungen in der russischen Erklärung möchten wir daran erinnern, dass Bulgarien, Polen und Rumänien eine strenge Ausfuhrkontrollpolitik verfolgen und die strengsten Ausfuhrkontrollstandards und die einschlägigen Rechtsvorschriften im Einklang

mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen, die unsere Länder als Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und der Europäischen Union sowie als Teilnehmerstaaten der OSZE und aller einschlägigen Ausfuhrkontrollregime eingegangen sind, genauestens einhalten.

Wir möchten daher bei dieser Gelegenheit die Delegation der Russischen Föderation auffordern, das FSK nicht länger als Plattform für die Verbreitung von Desinformation und falschen Narrativen zu verwenden.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal dieser Sitzung. Danke.